

↓ EMPFEHLUNGEN

4

- 1 Sicherheit von Israelis und Palästinenser:innen gewährleisten** Kurzfristig braucht es diplomatische Initiativen für eine Verhandlungslösung zusammen mit regionalen Partnern. Perspektivisch könnte sie durch eine internationale Mission in Gaza abgesichert werden. Die Bundesregierung und die Europäische Union (EU) müssen hierzu aktiver beitragen.
- 2 Lieferungen bestimmter Waffengattungen an Israel aussetzen** Die Bundesregierung sollte solche Waffen, die in Gaza eingesetzt werden sollen, bis zu einer Beilegung des Krieges nicht mehr nach Israel liefern. Dies betrifft nicht Waffen, die die Abschreckungsfähigkeit Israels aufrechterhalten sollen.
- 3 Unabhängige Institutionen des Völkerrechts stärken** Der Internationale Gerichtshof nimmt eine wichtige normative Leitfunktion im Israel-Gaza-Krieg ein. Die Bundesregierung sollte sich mit Nachdruck für die Befolgung der Entscheidungen und Anordnungen einsetzen.
- 4 Internationale Unterstützung eines Friedensprozesses für die Ukraine stärken** Verhandlungen müssen, auch wenn sie kurzfristig unwahrscheinlich sind, bereits jetzt vorbereitet werden. Dazu zählt, internationale Unterstützung zu gewinnen, konkrete Themen und Kompromisslösungen zu erarbeiten und belastbare Sicherheitsgarantien für die Ukraine zu vereinbaren.

- 5 Entwicklungszusammenarbeit in Krisensituations überdenken** Die Bundesregierung sollte Leitlinien dafür entwickeln, wie mit Putschisten und Autokraten umgegangen wird, die Demokratie abschaffen oder unterhöhlen, so zuletzt in Westafrika. Ein abruptes Einstellen der Entwicklungszusammenarbeit gefährdet wichtige, vor allem zivilgesellschaftliche Partner:innen.
- 6 Friedenskapazitäten und Nachhaltigkeitsziele über die Aufrüstung nicht vernachlässigen** Steigende Rüstungsausgaben binden enorme Ressourcen. Die Friedensinfrastruktur Deutschlands etwa im Bereich der zivilen Konfliktbearbeitung und die Nachhaltigkeitstransformation dürfen nicht aus dem Blick geraten.
- 7 Rivalität durch Rüstungskontrolle einhegen** Effektive Rüstungskontrollpolitik muss den Eskalationsgefahren nuklearer Abschreckung entgegenwirken, indem sie die Glaubwürdigkeit von Nukleargarantien durch wechselseitiges Risikomanagement ergänzt.
- 8 Demokratische Resilienz stärken** Die Politik ist aufgerufen, die Unabhängigkeit rechtsstaatlicher Institutionen wie etwa des Bundesverfassungsgerichts zu sichern. Jenseits rechtlicher Maßnahmen sind eine vitale demokratische Opposition sowie eine aktive Zivilgesellschaft der beste Schutz.